



Bericht und Beschlussempfehlung

des Bildungsausschusses

Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache [20/2308](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache [20/2364](#)

Am 17. Juli 2024 hat der Landtag über die Anträge Drucksachen [20/2308](#) und [20/2364](#) debattiert ([Plenarprotokoll 20/63](#)) und sie dem Bildungsausschuss – federführend – und dem Europaausschuss zur Beratung überwiesen.

Im Laufe der Ausschussberatungen haben die Fraktionen weitere Änderungsanträge vorgelegt (Umdrucke [20/3711](#), [20/4991](#), [20/5753](#)).

Die Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit den Anträgen befasst, und der Europaausschuss hat am 5. März 2025 eine Anhörung durchgeführt. Der an der Beratung beteiligte Europaausschuss hat sich zuletzt am 7. Januar 2026 mit dem Antrag befasst, der federführende Bildungsausschuss zuletzt am 1. Oktober 2026.

Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Europaausschuss empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, die Anträge Drucksachen [20/2308](#) und [20/2364](#) für erledigt zu erklären und den nachstehenden interfraktionellen Antrag (Umdruck [20/5753](#)) zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten

Der Landtag stellt fest, dass der Fachkräftemangel sowohl in Dänemark als auch in Deutschland eine große Herausforderung darstellt. Daher ist es in besonderem Maße wichtig, Fachkräfte in der Region zu halten und den Fokus auf junge Menschen zu richten.

Der Landtag erkennt an, dass die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen in der dualen Ausbildung innerhalb der EU in den meisten Ausbildungsberufen schon möglich ist und darüber hinaus in der deutsch-dänischen Grenzregion in bestimmten Berufen bereits ein doppelter Berufsabschluss absolviert werden kann.

Er begrüßt die aktuelle Gemeinsame Erklärung zwischen Deutschland und Dänemark zur Kooperation im Bereich der Berufsausbildung vom 28.05.2024 und fordert die Landesregierung auf, sich aktiv in die Umsetzung mit einzubringen.

Sie soll sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass in die geplante Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Aktionsplans auf nationaler Ebene alle in der Grenzregion relevanten Akteure – auch die Minderheiten und die Kommunen – eingebunden werden.

Die Landesregierung soll so mit darauf hinwirken, dass mithilfe der Ministererklärung die Mobilität in der Berufsausbildung weiter gefördert, attraktiver gestaltet und bestehende Barrieren weiter abgebaut werden.

Dafür sollen

- die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen verbessert werden, in dem gemeinsam darauf hingewirkt wird, noch bestehende Hürden in einigen Berufen zu beseitigen;
- in Kooperation mit den Kammern, berufsbildenden Schulen beziehungsweise Regionalen Berufsbildungszentren und Gewerkschaften das Modell des doppelten Berufsabschlusses auf andere Berufe ausgeweitet werden;
- in der Kultusministerkonferenz der weitere Prozess der Optimierung und Vereinfachung der Anerkennungsverfahren unter Berücksichtigung der Ergebnisse des „Berichts der Arbeitsgruppe der für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen koordinierend zuständigen Ressorts (AG Koordinierende Ressorts)“ in engem Zusammenwirken mit den für das jeweilige Berufsrecht zuständigen Fachministerkonferenzen und den jeweiligen Bundesministerien positiv begleitet werden;
- die Information und Beratung über die Möglichkeiten und Vorteile der Ausbildung auf der anderen Seite der Grenze gestärkt werden;

- gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit die grenzüberschreitende Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erleichtert werden und dabei auch Geflüchtete und Menschen aus Drittstaaten sowie Menschen mit Behinderungen mit ihren spezifischen Unterstützungsbedarfen in den Blick genommen werden;
- darauf hingewirkt werden, Sprachbarrieren abzubauen, indem verstärkt Dänischunterricht in den Berufsschulen gefördert wird, Ausbildungsgänge in englischer Sprache und die Anwendung von künstlicher Intelligenz für bilinguale Prüfungen ermöglicht werden;
- die grenzüberschreitende Ausbildung bei der Neugestaltung des Übergangs Schule-Beruf sowie der beruflichen Orientierung an den weiterführenden Schulen berücksichtigt werden, insbesondere durch die Ermöglichung einer grenzüberschreitenden Ausweitung der Berufsfelderprobung;
- die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzen, auch mit Dänemark ein Abkommen in Anlehnung an das Deutsch-Französische Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung vom 21. Juli 2023 zu schließen.

Die Förderung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung soll auch Teil der Dänemark-Strategie der Landesregierung werden.“

Martin Habersaat
Vorsitzender